



# „Wisst ihr, was ihr da tut?“

Die Drogenbeauftragte Marlene Mortler will den Cannabis-Konsum härter bekämpfen. Als Vorbild bezeichnet sie ein Land in Südeuropa

Für Marlene Mortler (CSU) ist es die zweite Amtszeit als Drogenbeauftragte der Bundesregierung. Ihr Abgeordnetenbüro im Jakob-Kaiser-Haus ist nicht zu verfehlen. Neben der Tür wirbt ein Plakat für die Kampagne „Rauchfrei unterwegs“. Eltern sollten auf Zigaretten verzichten, wenn Kinder und Jugendliche im Auto sitzen, lautet die Botschaft. In diesem Jahr will die 62-Jährige noch andere Schwerpunkte setzen.

VON CLAUDIA EHRENSTEIN

**WELT:** Frau Mortler, in der Schweiz verkauft Lidl jetzt Hanfblüten zum Selbstdrehen von Zigaretten. Wird es auch bei uns bald Cannabis im Discounter geben?

**MARLENE MORTLER:** Die in der Schweiz angebotenen Produkte enthalten angeblich unter einem Prozent der berauschenden Substanz THC, sodass sie dort nicht unter die Drogengesetzgebung fallen. Bei uns liegt diese Grenze deutlich niedriger. Ich kann nur davor warnen, Cannabis als bloßes Lifestyleprodukt zu bagatellisieren. Das Cannabis, das heute bei uns auf dem Markt ist, ist nun wirklich nicht harmlos.

## Was sind die Gefahren?

Studien zeigen, dass fast zehn Prozent aller Cannabis-Konsumenten süchtig werden. Gerade die, die früh mit dem Kiffen beginnen und die Droge regelmäßig konsumieren, können erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen davontragen. Die Psychosegefahr liegt zwei- bis dreimal so hoch, Angststörungen sind noch häufiger, und es wird viel schwieriger, sein normales Leben mit Ausbildung und Beruf vernünftig geregelt zu bekommen.

**Trotzdem gibt es eine starke Lobby, die fordert, Cannabis zu legalisieren – auch mit dem Argument, die Polizei entlasten zu wollen. Was spricht dagegen?**

Unser Recht geht mit Cannabis sehr differenziert um: Der Besitz ist bei uns zwar strafbar. In der Praxis werden die Verfahren, wenn es um geringe Mengen zum Eigengebrauch geht, jedoch fast immer eingestellt. Ich kann auch nicht erkennen, dass die Polizei dieses Vorgehen infrage stellen würde. Mich ärgern daher Schlagzeilen wie „Auch die Kripo ist jetzt für die Legalisierung?“. Das stimmt einfach nicht – es sind nicht mehr als Einzelstimmen. Wegen keiner anderen illegalen Droge müssen heute so viele Menschen behandelt werden wie wegen Cannabis. Eine Legalisierung wäre das falsche Signal. Im Gegenteil: Ich setze mich dafür ein, dass im Haushalt mehr Geld für die Cannabis-Prävention eingestellt wird.

## Was genau planen Sie?

Wir müssen mehr als bisher mit jungen Leuten, die zum Joint greifen, ins Gespräch kommen. Wisst ihr, was ihr da tut? Wollt ihr das wirklich? Man kann auch darüber nachdenken, wie man Beratung und Behandlung besser mit Strafverfahren verbindet. Portugal ist ein gutes Beispiel: Wer dort mit Cannabis aufgegriffen wird, muss innerhalb von 72 Stunden vor einem Gremium aus Jugend-, Sozial- und Gesundheitsexperten erscheinen. Dann wird genau geprüft, ob jemand zum ersten Mal aufgefallen oder ein Dauerkonsument ist, wo

her er den Stoff bekommen hat und wie es ihm gesundheitlich geht. Auf dieser Basis wird entschieden, welche Hilfsangebote dem Betroffenen gemacht werden. Über solche Dinge müssen wir re-

den, aber nicht darüber, ob wir eine gefährliche Droge legalisieren wollen.

## Ist es leichter, die Menschen vom Rauchen abzubringen oder vom Trinken?

Beides sind legale Drogen, die in unserer Gesellschaft sehr stark verankert sind. Rauchen ist das mit Abstand größte vermeidbare Gesundheitsrisiko. Das Bewusstsein für die Gefahren hat durch die Nichtraucherchutzgesetze und die Schockbilder zum Glück zugenommen. Da sind wir deutlich weiter als bei Alkohol. Dass beim Feiern Bier, Wein und Schnaps für viele noch immer dazugehören wie die Butter zum Brot, beobachte ich schon mit Sorge. Es kann doch nicht sein, dass es als normal gilt, andere nach Kräften zum Trinken aufzufordern, derjenige, der zum Alkoholiker geworden ist, am Ende aber stigmatisiert wird.

## Wie sprechen Sie die Menschen an, damit sie ihr Verhalten ändern?

Wenn jemand abhängig ist, muss man sich auch damit beschäftigen, warum jemand Alkohol, Cannabis oder Heroin nimmt. Ansonsten versuche ich, für die Risiken zu sensibilisieren. Ich weise zum Beispiel darauf hin, welche Schäden ungeborene Kinder davontragen, wenn ihre Mütter während der Schwangerschaft Alkohol trinken. Das sind unheilbare Krankheiten, die zu 100 Prozent vermeidbar sind.

## Was sagen Sie rauchenden Eltern?

Eltern sind schockiert, wenn sie erfahren, wie gefährlich Passivrauchen für ihre Kinder ist. Kinder atmen tiefer ein, sie atmen schneller, und sie können die Schadstoffe aus dem Zigarettenrauch schlechter abbauen als Erwachsene. Deshalb habe ich die Kampagne „Rauchfrei im Auto“ gestartet. Der Be-



kanntheitsgrad liegt in der entscheidenden Altersgruppe inzwischen bei 30 Prozent.

**Von den 8335 Zeilen des Koalitionsvertrags sind gerade einmal vier Zeilen der Drogenpolitik gewidmet. Nimmt die Bundesregierung das Thema nicht ernst?**

Doch. Im Vertrag steht viel mehr als in der Vergangenheit – viele Themen haben etwas mit Sucht zu tun. Wir haben uns zum Beispiel vorgenommen, die Situation von Kindern suchtkranker Eltern zu verbessern und die Suchtgefahren, die von digitalen Medien ausgehen, mehr als bisher zu berücksichtigen. Aber klar: Wenn ich alleine hätte entscheiden können, würden da sehr viel mehr Zeilen stehen. Das Tabakwerbeverbot war ja bereits verhandelt, und quasi über Nacht war dieser Absatz verschwunden. Ich werde mich weiterhin dafür starkmachen, auch wenn es nicht im Koalitionsvertrag steht.

**Es geht um die Außenwerbung?**

Genau. Es ist auffällig, dass Tabakwerbung oft an öffentlichen Verkehrsmit-

teln und auf Schulwegen platziert wird. Die Plakate sollen vermitteln, wie cool Zigaretten und damit auch das Rauchen seien. Gerade Jugendliche sind für solche Botschaften empfänglich. Ich werde nicht hinnehmen, dass junge Menschen weiter auf diese Weise zum Rauchen verführt werden. Je früher sie mit dem Rauchen beginnen, desto schwieriger wird es für sie später, damit wieder aufzuhören.

**Müssen Sie als Drogenbeauftragte mit dem Vorwurf leben, eine Spaßbremse zu sein?**

Das nehme ich gern in Kauf. Ich bin ja nicht die strenge Gouvernante mit der dicken Brille, die den Menschen mit erhobenem Zeigefinger sagt, was sie zu tun und zu lassen haben.

**Worum werden Sie sich in dieser Wahlperiode besonders kümmern?**

Wenn Menschen rauchen, zu viel trinken oder drogenabhängig werden, dann betrifft das die Kinder, die Ehepartner, die Betriebe und am Ende auch unsere Volkswirtschaft. Umso wichtiger ist es, dass wir endlich zu einer stabilen Fi-

nanzierung der Suchthilfe in den Städten und Gemeinden kommen. Auch die Medikamentensucht wird immer noch unterschätzt.

**Woran liegt es?**

Die Menschen halten es für selbstverständlich, dass es für jede Befindlichkeit ein Medikament gibt und sie schon beim kleinsten Schmerz eine Pille schlucken können. Extreme Ausschläge sehen wir in den USA mit der Opiatkrise. Dort versorgen sich Hunderttausende Menschen auf dem Schwarzmarkt mit Heroin und Co, die über voreilige Medikamentenverschreibung in die Abhängigkeit gerutscht sind. Da sind wir bei uns viel vorsichtiger. Dennoch appelliere ich an die Ärzte, verantwortungsvoll mit Verschreibungen von Psychopharmaka umzugehen. Und jeder Einzelne sollte auch mit nicht verschreibungspflichtigen Schlaf- oder Schmerzmitteln zurückhaltend sein. Solche Tabletten dürfen nicht wie Zuckerstückchen geschluckt werden.